SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR: Beispiel einer pronatalistischen Politik

Schwarz, Karl

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schwarz, K. (1992). Geburtenentwicklung und Familienpolitik in der (früheren) DDR: Beispiel einer pronatalistischen Politik. *Zeitschrift für Familienforschung*, *4*(3), 248-262. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-292622

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Familienforschung, 1992, 4, 248 - 262

GEBURTENENTWICKLUNG UND FAMILIENPOLITIK IN DER (FRÜHEREN) DDR - BEISPIEL EINER PRO-NATALISTISCHEN POLITIK

Karl Schwarz

Vorbemerkungen

Die Wirksamkeit pro-natalistischer Bevölkerungspolitik ist umstritten. Umstritten ist sogar - in der Hauptsache allerdings nur in Deutschland wegen der Rassenpolitik im "Dritten Reich" - ihre ethische Rechtfertigung. Die einen sagen "Der Staat hat im Schlafzimmer nichts zu suchen" und die andere, ebenso radikale Gegenposition lautet: "Der Staat hat sich auch um die Bevölkerungsentwicklung zu kümmern und eine Regierung, der diese gleichgültig ist, verliert ihre Legitimation".[1]

Mit diesen Positionen wollen wir uns nicht befassen, obwohl die klärende Auseinandersetzung dringlich ist. Hier wollen wir uns damit begügen, Klarheit darüber zu gewinnen, ob die pro-natalistische Bevölkerungspolitik in der DDR erfolgreich war. Dabei gehen wir, ohne darüber ein politisches Urteil fällen zu wollen, davon aus, daß es das erklärte Ziel von Partei und Staat war, im Hinblick auf die starke Abwanderung nach Westdeutschland, vor allem bis 1961, und dem mit der Entwicklung in Westdeutschland vergleichbaren starken Geburtenrückgang zwischen 1965 und 1975 wenigstens die Reproduktion der

[1] Bezüglich der neueren deutschen Literatur zum Thema "Bevölkerungspolitik" sei auf folgende Arbeiten verwiesen, die diesen Politikbereich sowohl theoretisch als auch auf der Grundlage empirischer Ergebnisse behandeln und auch auf die ausländische Literatur eingehen: Schwarz, K.: Demographische Wirkungen der Familienpolitik in Bund und Ländern nach dem Zwiten Weltkrieg. In Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 4/1987, 409-450. Dort werden auch die Schwierigkeiten behandelt, die einer Evaluation der demographischen Wirkungen von Familienpolitik entgegenstehen. Ausländische Erfahrungen behandeln Höhn, Ch. & Schubnell, H.: Bevölkerungspolitische Maßnahmen und ihre Wirksamkeit in ausgewählten europäischen Industrieländern I und II: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 12/1986, 1 und 2, 3-51 und 195-219. Ferner wird verwiesen auf die Beiträge in Hoffmann-Nowotny, H.-J., Höhn, Ch., Fux, B. (Hrsg.): Kinderzahl und Familienpolitik im Drei-Ländervergleich: Schriftenreihe des Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Band 19, Boldt-Verlag 1992.

Geburtsjahrgänge zu erreichen und so die Erhaltung des Bevölkerungsstandes auf lange Sicht zu gewährleisten. Zugleich sollten die Frauen als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen und gute Ehepartner sein.

Bei dieser Zielvorgabe war man sich darüber im klaren, daß es nicht nur drauf ankommen könne, die Menschen zu veranlassen, überhaupt Kinder zu haben, also die Kinderlosigkeit zu bekämpfen. Vielmehr wußte man, daß es zur Zielerreichung notwendig sein würde, eine große Zahl von Familien dazu zu bewegen, nach dem zweiten Kind weitere Kinder zu haben. Es ist ja in der Tat so, daß ohne eine große Bereitschaft zu wenigstens drei Kindern die Reproduktion der Generationen nicht möglich ist. Wir wollen das für die weniger kundigen Leser an dem folgenden Beispiel demonstrieren:

Etwa 10% der Menschen sollen aus biologischen Gründen oder weil sie keinen Partner finden kinderlos bleiben. Es werden dann von 100 Frauen 90 erste Kinder geboren. Wir wollen weiter annehmen, daß 80% der Frauen mit schon einem Kind ein zweites bekommen, wie das noch zu Beginn unseres Jahrhunderts der Fall war. Dies ergibt für 100 Frauen: 90 x 0,8 = 72 zweite Kinder und zusammen mit den ersten Kindern 162 Kinder. Das Reproduktionsminimum beträgt bei den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen und bei 106 Knaben- auf 100 Mädchengeburten rund 210 Kinder je 100 Frauen. Sie müssen also noch 48 dritte und weitere Kinder zur Welt bringen, damit dieses Ergebnis erreicht wird. Das entspräche folgender Gliederung der Frauen nach der Kinderzahl:

Keine Kinder	10	
1 Kind	18	mit 18 Kindern
2 Kinder	29	mit 58 Kindern (29 erste und 29 zweite)
3 oder mehr Kinder	43	mit 134 Kindern (43 erste, 43 zweite und 48 dritte und weitere)
Zusammen	100	mit 210 Kindern (90 erste, 43 zweite und 48 dritte und weitere)

Rund 50 dritte und weitere Kinder haben in der früheren DDR die 1939 geborenen Frauen, von denen auch nur rund 10% kinderlos blieben. Die Gesamtzahl ihrer Kinder belief sich auf 202 je 100, darunter ein Viertel dritte und weitere Kinder. Rund 25% dritte und weitere Kinder wurden noch im Kalenderjahr 1970 registriert, im Jahr 1975 aber nur noch 11%. Die Sorgen um die Geburtenentwicklung waren also berechtigt.

Eine weitere Sorge ergab sich aus der Entwicklung der Schwangerschaftsbrüche mit der Einführung der "Fristenregelung" im Jahr 1972, die einer Freigabe des Abbruchs in den ersten 12 Schwangerschaftswochen gleichkam. Die Zahl der Abbrüche je 100 Lebendgeborene betrug 1972: 56,6; 1978: 34,6; 1981: 40,2; 1984: 40,6.

Wir wollen jetzt sehen, ob und in welchem Umfang es in der früheren DDR gelungen ist, eine Umkehr des Trends der Geburtenentwicklung zu bewirken. Die empirischen Befunde, die wir hierzu vortragen können, sind deshalb von so großer Bedeutung, weil es kaum ein anderes Beispiel für die konsequente Verfolgung eines bevölkerungspolitischen Zieles gibt und weil wir unsere Untersuchung auf vorzügliche statistische Unterlagen stützen können.[2]

Die Reaktionen auf die Geburtenentwicklung in Ost- und Westdeutschland

Über die Geburtenentwicklung in den beiden deutschen Teilstaaten unterrichten in einem allgemeinen Überblick Tabelle 1 und Abbildung 1. Die Daten zeigen eindeutig, daß es von 1955 bis 1975 nicht nur eine große Parallelität, sondern eine nahezu deckungsgleiche Entwicklung der zusammengefaßten Geburtenziffern (ZGZ) in West- und Ostdeutschland gab. Ob es sich hierbei um Ergebnisse eines gemeinsamen historischen Erbes handelt, kann bestritten werden; denn zwischen 1950 und 1955 ergaben sich für Ostdeutschland höhere Werte. Jedenfalls fehlte um 1975 in beiden deutschen Teilstaaten mit einer ZGZ von rund 1,5 Kindern je Frau fast ein Drittel der für die langfristige Erhaltung des Bevölkerungsstandes erforderlichen Kinderzahl.

Das wurde natürlich auch in Westdeutschland registriert, wo es seit 1972 mehr Sterbefälle als Geburten gab, wo man sich aber, nach den Erfahrungen der Vergangenheit, weiterhin auf Zuwanderungsüberschüsse verlassen konnte.

---

[2] Ab 1952 wurden in der früheren DDR die Lebendgeborenen nach Geburtsjahren und damit auch nach dem Alter der Mütter und nach der Geburtenfolge ausgezählt, gleich, ob es sich hierbei um nichteheliche oder um eheliche Kinder handelte. Die Angaben über die Geburtenfolge beziehen sich also auf die "Gesamtgeburtenfolge" und nicht auf die Geburtenfolge der Kinder aus bestehender Ehe.
Die Aufbereitung der Ergebnisse verdanken wir in erster Linie dem Institut National d'Etudes Demographiques in Paris und seinem Leiter Gerard Calot, mit dem den Verfasser eine jahrelange Zusammenarbeit verbindet.

Tabelle 1: Zusammengefaßte Geburtenziffern[3] und Anteil der nichtehelich Geborenen in West- und Ostdeutschland 1950 - 1990

	Zusammengefaßte Geburtenziffer je 100 Frauen		Nichtehelich lebend Geborene in °/oo aller Lebendgeborenen	
	West-Deutschland	Ost-Deutschland	West-Deutschland	Ost-Deutschland
1950	209	237	97	128
1960	236	233	63	116
1970	201	219	55	133
1975	145	154	61	161
1980	144	194	76	228
1981	143	185	79	256
1982	141	185	85	293
1983	133	179	88	320
1984	129	174	91	336
1985	128	173	94	338
1986	134	170	96	344
1987	137	174	97	328
1988	141	167	100	334
1989	144	156	102	336
1990	150	140[4]	105	-

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Jahrbücher der DDR

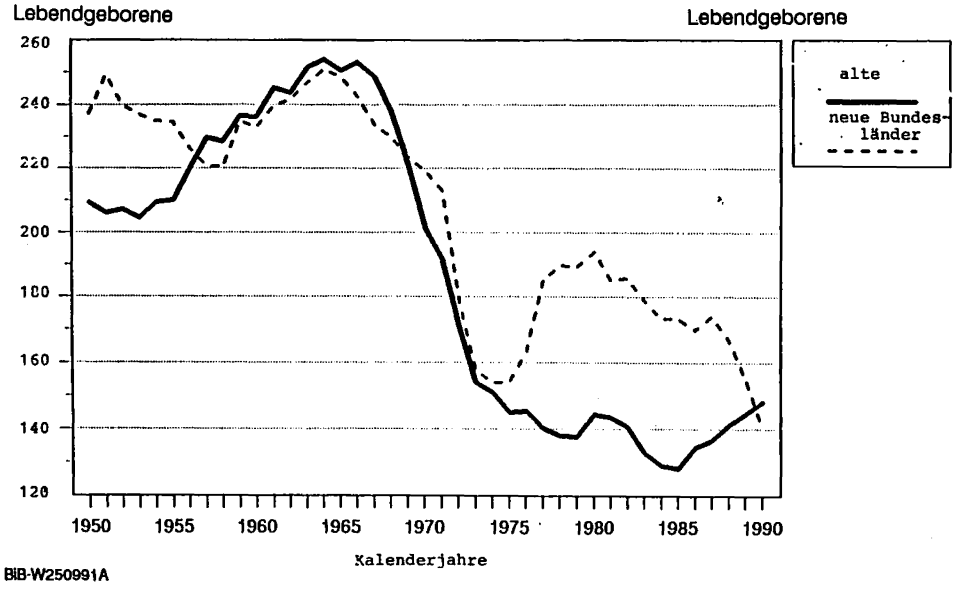
Immerhin führte die Geburtenentwicklung in der "alten" Bundesrepublik zu interministeriellen Arbeitsgruppen für Bevölkerungsfragen des Bundes und der Bundesländer und beim Bundesminister des Innern zu einem für Bevölkerungsfragen zuständigen Referat. Doch beschäftigen sich diese Gremien, wie auch aus ihren Berichten hervorgeht, in der Hauptsache damit, Vorschläge zu machen, wie man sich in den verschiedensten Politikbereichen der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung anpassen könne. Der Ausdruck "Bevölkerungspolitik" war verpönt. Er kommt in keiner Gesetzesbegründung der Nachkriegs-

[3] Summen der altersspezifischen Geburtenziffern im angegebenen Kalenderjahr geschätzt.

[4] geschätzt

zeit vor. Das schließt natürlich nicht aus, daß bei der durchaus positiven Fort-

Abb. 1: Zusammengefaßte Geburtenziffern in West- und Ostdeutschland 1950 - 1990



entwicklung der Familienpolitik auch pro-natalistische Überlegungen eine Rolle spielten. In dem beim (früheren) Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und beim (jetzigen) Bundesministerium für Familie und Senioren angesiedelten "Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen" kam es bis heute zu keiner Empfehlung zum Geburtenrückgang. Andere wissenschaftliche Gremien befaßten sich damit fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Anpassung im Bildungswesen, auf dem Arbeitsmarkt, in der gesetzlichen Krankenversicherung und in den Systemen der Altersversorgung. Das gilt auch für die Reaktionen in den Medien und in einer breiten Öffentlichkeit, die man mit dem Schlagwort "Wer bezahlt demnächst unsere Renten?" umreißen könnte[5] .

Ganz anders in der früheren DDR. Die bis zur Wiedervereinigung weiter ent-

[5] Eine ausführliche Darstellung der Familienpolitik in den alten Bundesländern unter dem Gesichtspunkt ihrer speziellen Zielsetzungen ist hier schon aus Raumgründen nicht möglich. Noch weniger kann hier auf die vielen Reaktionen der Regierungen in Bund und Ländern auf die Bevölkerungsentwicklung eingegangen werden.

wickelten Maßnahmen zu einer besseren Vereinbarkeit von Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit, wurden ganz offen mit demographischen Argumenten begründet. Man hatte zudem den Eindruck, daß sie von breiten Schichten der Bevölkerung getragen wurden, obwohl sie sehr kostspielig waren. Wir können sie hier nicht im einzelnen beschreiben, sondern müssen uns mit Stichworten begnügen. Übersichtlich sind sie, verglichen mit den Maßnahmen der westdeutschen Familienpolitik, in dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen "Leitsätze und Empfehlungen zur Frauenpolitik im vereinigten Deutschland" vom November 1990 dargestellt (vom BMFuS als Arbeitsunterlage veröffentlicht). Folgende Maßnahmen und Maßnahmenbündel zeigen, daß der ganze Katalog denkbarer familienpolitischer Maßnahmen zum Zuge kam:

- Maßnahmen zur Förderung der Ehe, wie z.B. Ehegründungsdarlehen mit der Möglichkeit des "Abkinderns" bei der Rückzahlung;
- Geburtsbeihilfen in Geld und Sachleistungen;
- Mutterschaftsurlaub, Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld;
- Arbeitszeitverkürzung und verlängerter Urlaub für Mütter;
- Kindergeld und steuerliche Entlastungen für Familien;
- Sonderleistungen der Krankenkassen und der Rentenversicherung;
- Wohnungspolitische Förderungsmaßnahmen für Familien, insbesondere bei der Wohnraumvergabe;
- sehr umfangreicher Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen mit Ganztagsbetreuung in Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen;
- Ausbildungsförderung im Bereich der Schulen und Hochschulen.

Nach Schätzungen wurden in der früheren DDR vom Staat weit mehr Kinderkosten übernommen als in Westdeutschland. Von besonderer Bedeutung war dabei mit Sicherheit der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen in einem Umfang, für den es in Westdeutschland kein Gegenbeispiel gibt. Das gilt vor allem für die Kinderkrippen und Kindergärten mit einem Betreuungsgrad von zuletzt 80 bis 95%. In Westdeutschland dagegen wurde die Einführung von "Erziehungsgeld", verbunden mit "Erziehungsurlaub" bei Beschränkung der Erwerbstätigkeit auf höchstens 19 Wochenstunden bevorzugt. Lediglich das Angebot an Kindergartenplätzen konnte allmählich als einigermaßen zufriedenstellend angesehen werden.

Die Bevorzugung der Kinderbetreuungseinrichtungen in der früheren DDR ermöglichte es den Müttern, nach der Geburt eines Kindes weiterhin voll er-

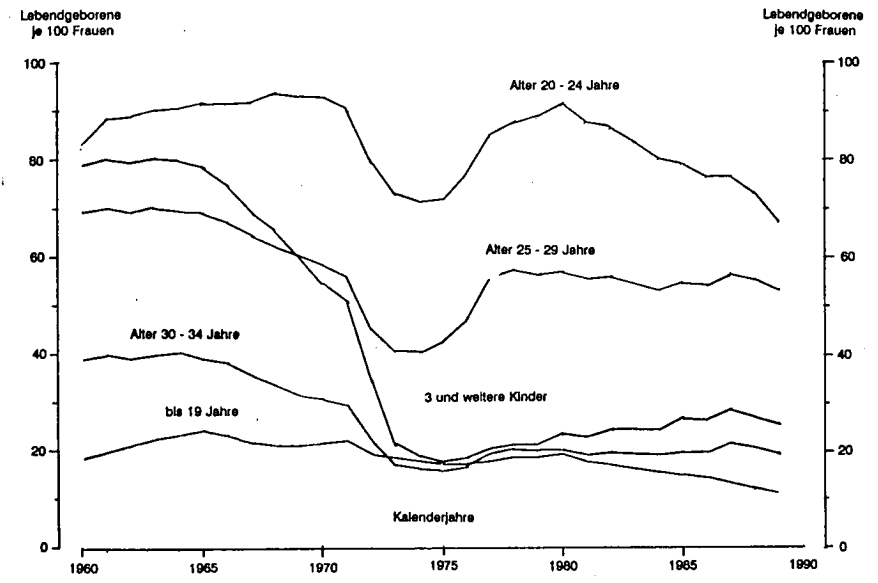
werbstätig zu bleiben und so Geld zu verdienen. Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß der Mitverdienst der Mütter viel mehr als in Westdeutschland die notwendige Voraussetzung für einen akzeptablen Lebensstandard bildete. Daneben wurde hierdurch sicherlich dem Wunsch der Frauen nach Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit Rechnung getragen, ein Aspekt, der in der westdeutschen Erziehungsgeld- und Erziehungsurlaubsregelung nach Meinung Vieler zu kurz kommt.

Folgt man den zusammengefaßten Geburtenziffern für Kalenderjahre, so stiegen diese als Zeichen der Akzeptanz der familienpolitischen Maßnahmen in Ostdeutschland rasch von 154 je 100 Frauen im Jahr 1975 auf 194 im Jahr 1980 oder um 26% an. In Westdeutschland blieb dieser Wert jedoch mit rund 145 ungefähr konstant, um später vorübergehend sogar noch weiter auf weniger als 130 zu sinken. Die Entwicklung in Ostdeutschland war begleitet von einer hohen Heiratsbereitschaft in einer Zeit, in der diese in Westdeutschland bereits abnahm. Dazu kam ein sehr niedriges Heiratsalter. Von den 25- bis 29jährigen Frauen im Jahr 1987 waren nur noch 18% ledig, in Westdeutschland aber 35%. Das durchschnittliche Heiratsalter war rund zwei Jahre niedriger. Ein weiteres Kennzeichen der Entwicklung in Ostdeutschland war die wachsende Bereitschaft zu einem nichtehelichen Kind. Ihr Anteil erreichte allmählich über ein Drittel, in Westdeutschland aber nur ein Zehntel. Es waren in Ostdeutschland, wohl mit als Folge vieler Frühehen, zwar immer mehr Ehescheidungen zu verzeichnen, aber auch weit mehr Wiederverheiratungen als in Westdeutschland.

Diese Entwicklungen berechtigten zu der Erwartung einer dauerhaften Zunahme der Geburtenhäufigkeit wenigstens bis zum Bestanderhaltungsminimum. Doch hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Nach 1980 nahm nämlich die ZGZ ständig bis auf 156 im Jahr 1989 ab, was wieder dem Stand im Jahr 1975 entsprach. Danach sind weitere Abnahmen eingetreten. Zu einem Teil sind sie mit dem Währungsverbund, mit hoher Arbeitslosigkeit und anderen ökonomischen Problemen der Wiedervereinigung zu erklären. Daneben spielt aber sicher auch die Ungewißheit über die Aufrechterhaltung familienpolitischer Leistungen, wie z.B. der Kinderbetreuungseinrichtungen, eine Rolle, die sich offensichtlich einer besonders hohen Akzeptanz erfreuten. Allerdings sollte man nicht vergessen, daß der Rückgang der Geburtenhäufigkeit schon früher einsetzte.

Das Gesagte ist besser zu verstehen, wenn wir uns jetzt - wieder für Kalenderjahre, also in sogenannter "Querschnittsbetrachtung" - der Geburtenentwicklung nach dem Alter der Mütter zuwenden. Es zeigt sich dann, daß der Geburtenanstieg bis 1980 fast ausschließlich der höheren Geburtenhäufigkeit der 20- bis 30jährigen Frauen zu verdanken war. Bei den über 30jährigen war er unbedeutend. Dem entspricht, daß die familienpolitischen Maßnahmen fast keine Zunahme des Wunsches nach dritten oder gar vierten Kindern mit sich brachten. Wir sehen das deutlich an der Kurve für dritte und weitere Kinder in Abb. 2, die von 1965 bis 1975 von rund 80 je 100 Frauen auf rund 20 gefallen war. Doch wäre gerade eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit der Frauen mit schon zwei Kindern erforderlich gewesen, um das Reproduktionsminimum oder sogar mehr zu erreichen.

Abb. 2: Zusammengefaßte Geburtenziffern nach Altersgruppen in den neuen Bundesländern 1960 - 1990



Die Abnahme der Geburtenhäufigkeit nach 1980 findet vor allem in niedrigeren Fertilitätsraten der jüngsten Frauen unter 25 ihren Niederschlag. Im Jahr 1989 lagen sie sogar unter dem Niveau von 1975. Vor allem für jüngere Frauen und Männer hatten die großen Vorteile, die der Staat den Verheirateten und den jungen Familien bot, offenbar viel von ihrer Anziehungskraft verloren. Anderer-

seits waren die Älteren nicht mehr als schon bisher bereit, mehr als zwei Kinder großzuziehen. Unserem Fazit vorgreifend ist daher schon hier zu sagen, daß die Familienpolitik kaum in der Lage ist, die Menschen allein durch materielle Vorteile oder gar durch ideologische Einflußnahme dazu zu bewegen, entgegen ihrem individuellen Interesse für die Gesellschaft Kinder zu haben.

Bevor wir hierauf weiter eingehen, ist zu prüfen, welche Geburtenentwicklung sich für die Frauenjahrgänge ergab, welche die Zeit vor und nach 1975 durchlebt haben.

Kinderzahl der nach 1930 geborenen Frauen

Die bisherigen Ergebnisse könnten angefochten werden, weil - in großer Abhängigkeit vom Heiratsalter - der Kinderwunsch im Lebensablauf zu unterschiedlichen Zeitpunkten realisiert werden kann. Historische Beispiele, die zu schwerwiegenden Fehldeutungen geführt haben, sind der Geburtenrückgang um 1932 als Folge der Weltwirtschaftskrise und der "Geburtenboom" um 1965 als Folge früher Eheschließungen. Wir müssen also fragen, ob unsere bisherigen Aussagen zur Effektivität der Familienpolitik in der früheren DDR aufgrund von Ergebnissen für Kalenderjahre zu voreiligen Schlüssen geführt haben. Wir lassen daher Ergebnisse für Geburtsjahrgänge der Frauen (sogenannte Längsschnittergebnisse) folgen.

Zuverlässige Angaben über die Kinderzahl liegen für die von 1931 bis 1956 geborenen Frauen in West- und Ostdeutschland vor. Für die Frauen dieser Geburtsjahrgänge, die 1989 noch keine 45 Jahre alt waren, wurde die Zahl der noch zu erwartenden Kinder geschätzt.

Bis zum Geburtsjahrgang 1940 erhalten wir sehr übereinstimmende Ergebnisse, obwohl die damals geborenen Frauen ihr Leben als Erwachsene in unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen verbracht haben. Erst ab Geburtsjahrgang 1941, also den Frauen, die 1965 noch keine 25, 1975 noch keine 35 und 1980 noch keine 40 Jahre alt waren,

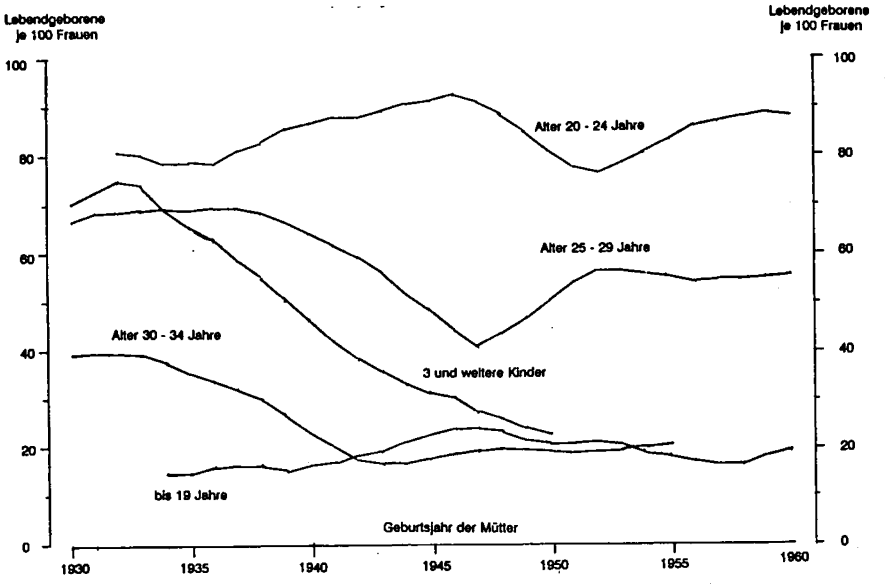
Tabelle 2: Kinderzahl der Frauen der Geburtsjahrgänge 1931 - 1958 in West- und Ostdeutschland

Geburtsjahrgang	Endgültige Zahl der Lebendgeborenen je 100 Frauen		Geburtsjahrgang	Endgültige Zahl der Lebendgeborenen je 100 Frauen	
	West-Deutschland	Ost-Deutschland		West-Deutschland	Ost-Deutschland
1931	220	222	1945	177	186
1932	221	221	1946	178	187
1933	223	219	1947	175	184
1934	220	215	1948	173	183
1935	217	212	1949	171	180
1936	213	209	1950	170	179
1937	211	208	1951	166	180
1938	207	205	1952	164	181
1939	202	202	1953	162	182
1940	197	198	1954	160	182
1941	190	195	1955	161	184
1942	185	190	1956	160	184
1943	181	189	1957[6]	158	186
1944	178	187	1958	-	187

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Institut National d'Etudes Démographiques

[6] Ab Geburtsjahrgang 1957 z. T. geschätzt.

Abb. 3: Zusammengefaßte Geburtenziffern nach Altersgruppen in den neuen Bundesländern für die Geburtsjahrgänge 1930 - 1960



weichen die Ergebnisse mehr und mehr voneinander ab. In Westdeutschland sinken die Kinderzahlen von 220 je 100 Frauen der Geburtsjahrgänge 1931/34 über rund 200, für die Frauen der Geburtsjahrgänge 1938/40 weiter auf weniger als 160 für den Geburtsjahrgang 1957, bei zunehmender Kinderlosigkeit und abnehmenden Anteil der Frauen mit mehr als zwei Kindern. Auch in Ostdeutschland, wo die Frauen des Geburtsjahrganges 1935 nach Tabelle 3 noch 212 Kinder je 100 haben, fand eine kleine Abnahme statt; doch stabilisierten sich die Kinderzahlen schließlich bei 180 bis 190 je 100 Frauen der Geburtsjahrgänge 1940 - 1955. Das sind immerhin mehr Kinder als in Westdeutschland, wenn auch das Reproduktionsminimum nicht erreicht wurde. Man kann also nicht sagen, die familienpolitischen Maßnahmen seien ohne Langzeitwirkung geblieben. Für weitere Geburtsjahrgänge der Frauen können wir die endgültige Kinderzahl noch nicht abschätzen, weil sie 1989, dem Ende unseres Beobachtungszeitraums, noch jung waren. Auch unabhängig von den inzwischen eingetretenen politischen und sozialen Veränderungen rechnen wir für diese Frauen jedoch nicht mehr mit Kinderzahlen von über 180 - je 100 -, die

Tabelle 3: Kinderzahl der Geburtsjahrgänge 1935-1960 in Ostdeutschland nach dem Alter der Mütter bei der Niederkunft

Geburtsjahrgang	Lebendgeborene je 100 Frauen nebenstehender Geburtsjahrgänge im Alter von ...Jahren[7] -19	20-24	25-29	30-34	35 +	Zusammen	davon 1. u. 2. Kinder	3. und weitere Kinder
1935	15 (1950/1954)	86 (1955/1959)	69 (1960/1964)	36 (1965/1969)	6 (1970/1980)	212	146	66
1940	16 (1955/1959)	87 (1960/1964)	65 (1965/1969)	24 (1970/1974)	6 (1975/1985)	198	151	47
1945	22 (1960/1964)	92 (1965/1969)	48 (1970/1974)	18 (1975/1979)	6 (1980/1990)	186	154	32
1950	21 (1965/1969)	81 (1970/1974)	50 (1975/1979)	20 (1980/1984)	7* (1985/1995)	179	155	24
1955	18 (1970/1974)	83 (1975/1979)	55 (1980/1984)	21* (1985/1989)	7* (1990/2000)	184*	159	25*
1960	18 (1975/1979)	87 (1980/1984)	55* (1985/1989)					
1965	16 (1980/1984)	76* (1985/1989)						

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung und Institut National d'Etudes Démographiques

* Geschätzt.

[7] In Klammern Geburtsjahre der Kinder

wir noch für die Frauen des Geburtsjahrgangs 1955 geschätzt haben. Von den heute schon über 25jährigen werden aber bestimmt weniger als in Westdeutschland zeitlebens kinderlos bleiben. Bis zum Alter von 25 Jahren hatten die Frauen des Geburtsjahrgangs 1965 rund 92 Kinder geboren, die Frauen des Geburtsjahres 1960 aber 105. In Westdeutschland hatten die Frauen der Geburtsjahrgänge nach 1957 bis zum Alter von 20 oder 25 Jahren allerdings noch nicht einmal die Hälfte der Kinderzahl der Frauen in der früheren DDR erreicht. Das unterstreicht noch einmal die Unterschiede in Ost und West und die Anpassungsvorgänge, denen die Menschen in der früheren DDR ausgesetzt sind. Es geht dort nicht nur um die Übernahme einer neuen Wirtschaftsordnung. Wir können die Vorgänge noch besser beurteilen, wenn wir uns an Abbildung 3 orientieren.

Diese Abbildung beweist wiederum, daß es zur Erreichung des Reproduktionsminimums entscheidend darauf ankommt, daß viele dritte und weitere Kinder geboren werden, wie das noch bei den Frauen der Fall war, die heute über 50 Jahre alt sind. Diese Wirkung wurde aber nicht erzielt. Von Geburtsjahrgang zu Geburtsjahrgang leicht angestiegen ist nur die Zahl der ersten und zweiten Kinder. Das war in Westdeutschland anders. Hier hat bei den nach 1940 geborenen Frauen auch die Zahl der ersten und zweiten Kinder abgenommen, was zu wachsender Kinderlosigkeit führte. Von den Frauen in Westdeutschland im Alter von 30 - 34 Jahren waren 1988 28% und von den 35- bis 39jährigen 21% kinderlos geblieben. Zur gleichen Zeit waren es von den ostdeutschen Frauen dieses Alters aber nur 10%. Hierin ist der Hauptgrund dafür zu sehen, daß in Ostdeutschland das Geburtenniveau nicht wieder auf den niedrigen Stand in Westdeutschland zurückgefallen ist. Das hängt sicher mit den besonderen "Belohnungen" zusammen, welche die ostdeutsche Familienpolitik schon bei einem Kind, z.B. im Hinblick auf die Zuweisung einer Wohnung, zu bieten hatte.

Abbildung 3 gibt aber auch Hinweise darauf, daß die Familienpolitik "timing-Effekte" des generativen Verhaltens bewirkte. Ein besonders eindrucksvolles Beispiel liefern die Frauenjahrgänge 1945/49 und 1950/54. In der zuerst genannten Gruppe wird die hohe Geburtenhäufigkeit im Alter von 20 - 24 Jahren (in den Kalenderjahren 1965 - 1973) später von einer relativ niedrigen im Alter von 25 - 29 (in den Kalenderjahren 1970 - 1978) abgelöst. Umgekehrt verhält es sich bei der zweiten Frauengruppe. Hier folgt auf eine relativ niedrige Ge-

burtenhäufigkeit im Alter von 20 - 24 Jahren (in den Kalenderjahren 1970 - 1978) eine relativ hohe fünf Jahre später (in den Kalenderjahren 1975 - 1983). Der Höhepunkt der Geburtenhäufigkeit in der alten DDR im Jahr 1980 ist weithin solchen Effekten zuzuschreiben. Das war damals noch kaum zu übersehen. Es konnte daher leicht geschehen, daß man die Effektivität der Familienpolitik überschätzte.

Fazit

Unsere Analyse muß auf viele Demographen und Politiker ernüchternd wirken. Wir behaupten nicht, daß eine pro-natalistische Bevölkerungspolitik, die sich der Instrumente der Familienpolitik bedient, wirkungslos sei. Ihre Wirkungen sind aber selbst bei starkem Mitteleinsatz mit ideologischer Unterstützung begrenzt. Gibt es dafür Gründe? Der Demograph ist geneigt, jetzt die vielen Ursachen des Geburtenrückgangs zu nennen, die in der Vergangenheit erörtert wurden und in ihrem Inhalt etwa wie folgt zusammengefaßt werden können:

(1) Die modernen Mittel der Empfängnisverhütung lassen zusammen mit der Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eine Reduzierung der Kinderzahl auf "Wunschkinder" zu.

(2) Kinder werden fast nur noch aus emotionalen Gründen gewünscht. Als billige Arbeitskräfte und als "Nothelfer" der Eltern bei Krankheit und Gebrechlichkeit haben sie keine Bedeutung mehr. Solche Aufgaben hat der "Wohlfahrtsstaat" übernommen.

(3) Kinder verursachen hohe Kosten, die kein Staat voll übernehmen kann.

(4) Für die Frauen sind Kinder ein Hindernis auf dem Weg zur Emanzipation durch berufliche Karriere, finanzielle Unabhängigkeit und eigenständige soziale Sicherung. Auch in Zukunft wird es nicht möglich sein, Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit so miteinander zu verbinden, daß für diejenigen, welche die Kindererziehung übernehmen, keine materiellen Nachteile entstehen.

(5) Die Gesellschaft ist nicht in der Lage, die immateriellen Kinderkosten zu decken.

Hierauf wollen wir im folgenden, weil oft vernachlässigt, noch kurz eingehen:

Kinder kosten nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Sie brauchen nämlich, wenn Menschen Elternschaft ernst nehmen, Zuwendung. Wer Kinder will, muß sich darüber klar sein, daß er sich über viele Jahre der Aufgabe der Kindererziehung widmen muß, und hierfür nicht nur materielle "Opfer" zu bringen sind. Die Zuwendung erstreckt sich von der Hausaufgabenbetreuung bis zur Aufnahme der Tochter nach einer gescheiterten Ehe oder der Finanzierung der Existenzgründung des Sohnes. Es handelt sich um eine Sache, die wie keine andere, um ihrer selbst willen getan werden muß. Denn es ist nicht sicher, daß sie auch belohnt werden wird. Enttäuschungen bleiben selten aus. Gewiß braucht auch der "Wohlfahrtsstaat" Kinder: Wer sonst sollte eines Tages die Steuern und Beiträge für die Organisationen zahlen, die uns bei Krankheit, Invalidität und Alter davor schützen, Almosenempfänger zu werden. Doch wurden solche Aufgaben früher von der Familie und von überschaubaren sozialen Gebilden wahrgenommen, während heute dafür eine unpersönliche Administration zuständig ist. Wir können daher heute sagen, Kinder ja, aber laß' andere Kinder haben. Da die Menschen wohl noch nie für den Staat Kinder gehabt haben, sondern nur im individuellen Interesse, wird sich an dieser Haltung wohl kaum etwas ändern.

Überdies müssen wir die Langfristigkeit der Folgen des Geburtenrückgangs in Rechnung stellen. Weder vom Politiker noch vom Bürger können wir erwarten, daß sie Konsequenzen bedenken, die erst in Jahrzehnten akut werden. Sie haben mit den Tagesfragen so viel zu tun, daß sie den Argumenten der Demographen kaum folgen mögen.

Anschrift des Verfassers:
Professor Dr. Karl Schwarz
Klopstockstr. 14
6200 Wiesbaden